

HAMBURG

Resolution: AUTORITÄRER STAAT UND SOZIALISTISCHE OPPOSITION

Die Entwicklung in der Bundesrepublik ist objektiv reif für den Sozialismus.

(Programm der KP - Entwurf, Hrsg. v. Initiativausschuß für die Wiederezulassung der KPD, 1968, S. 12)

Die Niederlage der traditionellen Arbeiterbewegung in der BRD manifestiert sich nicht nur in der endgültigen Integration sozialdemokratischer Apparate in das Herrschaftssystem des Spätkapitalismus, sondern auch in dem unreflektierten Hoffen heutiger Berufskommunisten und "Traditionalisten" auf sozialökonomische Krisenbedingungen, die nicht aus der Analyse des Entwicklungsprozesses unserer Gesellschaft resultieren, sondern ausschließlich aus Theoremen der traditionellen westeuropäischen Arbeiterbewegung. Die praktische Ursache für diese Eigenständigkeit der Theorie liegt darin, daß die traditionellen Parteibükratien an überholten oppositionellen Organisationsformen festhalten, ihren Einfluß auf sozialrevolutionäre Prozesse verloren haben und den Selbsterhaltungskampf ihrer überflüssig gewordenen Organisationen als sozialistische Praxis begreifen. Gelänge es den traditionellen Sozialistenverbänden, die neuen sozialistischen Gruppierungen unter den jungen Arbeitern, Schülern und Studenten in ihr Schlepptau zu nehmen, hätte das verhängnisvolle Folgen. Diese würden mit dem Anpassungsprozeß an eine dogmatisch fixierte Volksfrontlinie den Kontakt zu ihrer sozialen Basis verlieren. Hoffen die Reste der traditionellen Arbeiterbewegung doch, nach einer gewisse Verstärkung des "äußerparlamentarischen Kampfs" immer mehr Einfluß auf die Schalthebel spätkapitalistischer Herrschaft zu gewinnen und unter Ausnutzung des dem Bonner Parlamentarismus eigenen Repräsentationssystems - was den Verzicht auf die Mobilisierung von Spontaneität an der sozialen Basis erzwingt - zu einer allmählichen Transformation der bestehenden Herrschaftsverhältnisse zu gelangen.

Der SDS ist sich darüber im klaren, daß die Mobilisierung immer größerer sozialer Gruppen gegen die Institutionen des Spätkapitalismus nicht durch "provokatorische Aktionen" allein geleistet werden kann, weil sie die Orientierung ihrer Strategie durch Klassenanalyse tendenziell vernachlässigt: die Praxis selbst wird immer dann zu einer Gefahr für den revolutionären Prozeß, wenn sie sich von ihren historisch-ökonomischen Zusammenhängen löst und es dem Klassenfeind ermöglicht, mittels differenzierter Herrschaftsmechanismen die sozialistische Opposition einerseits in politische Schonräume der Narrenfreiheit zu kanalisieren und andererseits zum Objekt irrationaler Aggressionen zu machen, um so die Refaschisierung der Gesellschaft sichtbar voranzutreiben. Der provokatorische Protest war insofern erfolgreich, als er die bestehenden Herrschaftsinstitutionen verunsichert hat und den Staatsapparat zwang, sich als Teil eines fortschreitenden Faschisierungsprozesses auszuweisen. Die Schwäche dieser Erfolge bestand darin, daß der Protest sich in seinen Teil ausschließlich an den Reaktionen der Herrschaftsinstitutionen auf sich selbst orientiert und daher seine Integrierung ermöglichte (was durch bürgerliche Manipulationsinstrumente zudem noch handfest vorangetrieben wurde).

Wie wenig die Politik des "antiautoritären Lagers" sich von der der "demokratischen Kräfte" unterscheidet, zeigt sich deutlich in der Funktion der für sie typischen Aktionsformen: Ein-Punkt- und Sammelbewegung. Indem Ein-Punkt-Bewegungen partikular den Herrschaftsapparat des autoritären Staats zu schädigen versuchen (und damit teilweise sogar Erfolg haben), verschleiern sie den wahren Charakter seines Herrschaftsmechanismus und erwecken Illusionen über die eigene

Stärke der Opposition. Dadurch lenken sie von der Notwendigkeit ab, eben diesen Apparat an seiner Reproduktionsbasis anzugreifen. Indem die Sammelbewegung dagegen verschiedene oppositionelle Gruppen unter abstrakten Volksfront-Slogans zusammenfasst, entschärft sie den politischen Inhalt spontaner Interessenäußerungen, die gesamtgesellschaftlichen Implikationen dieser Interessen exemplarisch an der Basis zu entwickeln. Konkrete gesellschaftsverändernde Praxis gegenüber dem Herrschaftsapparat des Spätkapitalismus macht es daher notwendig, sowohl die Organisationsprinzipien des SDS zusammen mit der außerparlamentarischen Opposition grundsätzlich neu zu definieren, als auch aus der Analyse des Produktions- und Reproduktionssystems, das die Basis jenes Herrschaftsapparates bildet, eine neue Strategie zur Mobilisierung revolutionärer Spontaneität zu entwickeln, - die Strategie des revolutionären Kommunismus.

I

Die Indoktrinierung von Autorität und die Induzierung gesellschaftlich erwünschter Denk- und Verhaltensschemata hat sich zu einem nicht unwesentlichen Teil auf extrafamiliäre Erziehungsinstitutionen - Lehrbetrieb, Schule, Universität - verlagert. In ihnen kann aber aus rein kommunikationstechnischen Gründen die Ausweitung individueller Konflikte zu gesellschaftlichen eher geleistet werden, als in der Familie, jener Keimzelle des autoritären Staats. Der SDS betrachtet den antiautoritären Kampf in den extrafamiliären Erziehungsinstitutionen deshalb als vorrangig, weil der in ihnen angelegte Widerspruch spätkapitalistischer Reproduktion besser als in der Familie aktualisiert und auf die Spitze getrieben werden kann. Er ist Voraussetzung für jede Praxis, die auf die Umwälzung der Verhältnisse ausgerichtet ist. Dieser Kampf orientiert sich nicht eng an den Reaktionen der autoritären Institutionen auf ihn selbst, sondern an der unzulänglichen Infrastruktur und dem Widerspruch zwischen ihren mangelhaften Leistungen und dem, was das System aufgrund seiner ökonomischen und technologischen Entwicklungsstufe tatsächlich leisten kann. Indem hier direkt an der Basis - wie z.B. durch Aktionen bei Betriebsstillegungen und Fahrpreiserhöhungen - angesetzt wird, wird spontane sozialistische Opposition möglich. Der antiautoritäre Kampf ist also kein Selbstzweck. Indem durch ihn die Bedingungen gesellschaftlicher Umwälzung in den Subjekten geschaffen werden, wird es möglich, die sich aus ihm entwickelnden Kader mit einem so starken internen Emanzipationsgrad zu entwickeln, daß die für entfaltete Formen revolutionärer Praxis unumgängliche Arbeitssteilung zu keinen Erstarrungstendenzen führt.

II

Das entscheidende Ziel revolutionärer Praxis ist der autoritäre Staatsapparat. Er ist jener Träger der gesamtcapitalistischen Reproduktion, der den sich verschärfenden Widerspruch zwischen immer stärker vergesellschafteter Produktion und monopolcapitalistischer Aneignung der Produkte zu neutralisieren sucht, indem er dessen einzig mögliche Auflösung - die direkte Übertragung der vermehrt realisierbaren Produkte in den Konsumtionsfonds der Gesellschaft - systematisch untergräbt.

Die rasche Produktivitätssteigerung, die gerade mit der jüngeren Entwicklung der Technologie möglich geworden ist, vertieft den Antagonismus zwischen allgemein gesellschaftlichen Bedürfnissen und den Möglichkeiten *der Befriedigung dieser Bedürfnisse und den* immanenten Notwendigkeiten des Kapitalverwertungsprozesses und den Profitinteressen der Monopole andererseits. In dem Maße, wie die Monopole diesen Antagonismus nicht mehr aus eigener Kraft neutra-

lisisieren können, tritt an die Stelle ausgeweiteter gesellschaftliche Reproduktion, die vor allem der nachholenden Akkumulation der "Dritten Welt" zugute kommen würde, immer mehr die Konsumtion des Staatsapparats, die sich in militärischer, para-militärischer und ziviler Behördenexpansion manifestiert. Die erhöhte gesellschaftliche Produktivität schlägt um in erhöhte Produktivität zugunsten der Vernichtung von Gesellschaft hier und in den Ländern der "Dritten Welt." Da das Ende der bisherigen historischen Form staatlicher Konsumtion in der BRD, des Kalten Krieges mit seinem erhöhten Verschleiß von für ihn produzierten Gütern, mit dem Ende der Rekonstruktionsphase des bundesrepublikanischen Kapitals zusammenfiel, mußten neue Sektoren staatlicher und damit gesellschaftlich unproduktiver Konsumtion geschaffen werden. Der bundesrepublikanische Staat steht gegenwärtig mit der geplanten Verabschiedung der Notstandsverfassung als präventiv-konterrevolutionärer Strategie vor einem neuen Kulminationspunkt im Prozeß der formalen Absicherung unproduktiver Konsumtion. Angesichts dieses Prozesses wäre es widersinnig, die parlamentarische Illusion durch ein Programm liberalkapitalistischer Restauration (Forderung nach Einschränkung der Monopolmacht, Abrüstungspläne etc.) aufrecht erhalten zu wollen.

Ein weiteres, für die grundsätzliche Orientierung revolutionärer Praxis entscheidendes Moment in dem Versuch der Monopole, den fundamentalen Antagonismus des Spätkapitalismus zu neutralisieren, ist die Tatsache, daß die jeweiligen autoritären Teilstaaten längst begonnen haben, sich in einer übernationalen Zentrale zu organisieren. Nationalstaatliche Kampfformen, die nicht international koordiniert sind, haben ihren Sinn verloren. Damit entfällt gleichzeitig die Vorstellung vom nationalen Parlament als der "Tribüne des Klassenkampfes": hat es doch - selbst im nationalstaatlichen Bereich nur noch manipulationstechnisch relevante Fassade zur Verschleierung der tatsächlichen Bedürfnisse der lohnabhängigen Massen und der direkten Herrschaft des Monopolkapitals in allen gesellschaftlich relevanten Bereichen - sich mit seinen wichtigsten Entscheidungsgremien in Organisationszentren verlagert, die (unter entsprechenden Vorkehrungen wie z.B. Geheimhaltung seiner bedeutendsten Funktionen) immer mehr zu Regulatoren der wirtschaftlichen und militärischen Produktion geworden sind. Damit hat das westeuropäische Gesamtkapital seine immanenten Disproportionalitäten freilich noch nicht überwunden: strukturelle Krisen gibt es fortan im gesamten Bereich seiner übernationalen Koordination, z.B. die Montankrise im Ruhrgebiet ebenso wie in der Gegend von Charleroi; die "Krise des Wissenschaftsbetriebs", bedingt vor allem durch die ungeheure Ausweitung des Forschungssektors für unproduktive Konsumtion (Rüstung, Atom- und Raumfahrtprogramme) schafft in allen Teilstaaten gleiche oder zumindest ähnliche Kampfbedingungen in den europäischen Universitäten.

III

Sozialistische Opposition ist nur dann effektive Opposition, wenn sie die herrschende Klasse auf der Höhe der von ihr in Gang gehaltenen gesamtkapitalistischen Reproduktion angreift. Nur dann wird sie davor bewahrt bleiben, an Teilprozessen anzusetzen, die schon im Absterben begriffen sind oder durch andere überholt werden. Revolutionäre Umwälzung kann nur gelingen, wenn sich Konzeptionen materialisieren, die nicht Schwanz des Systems sind, sondern das System über seine Grenzen hinaustreiben.

Somit ergeben sich folgende strategische Konsequenzen:

- 1.) Der antiautoritäre Protest in den extrafamiliären Erziehungsin-

stitutionen ist die unartikulierte Widerspiegelung spätkapitalistischer Herrschaftsmechanismen: er ist Widerstand gegen konkret erfahrene repressive Strukturen, gleichzeitig aber auch Teil des Atomisierungsprozesses der Gesellschaft. Er erhält die nötige systemsprenkende Tendenz, sobald er von den Beherrschten in seinem gesamtgesellschaftlichen *Zusammenhang aktualisiert wird*.

Aktualisierung aber bedeutet Koordinierung mit den übrigen gesellschaftlichen Reproduktionsbereichen: die Politisierung der Schulen hat zu korrespondieren mit der Politisierung der Betriebe.

2.) Um zu verhindern, daß dieser Prozeß vom autoritären Staat unterbunden wird, ist der Umschlag kritischen Bewußtseins in oppositionelle Organisationsformen zu beschleunigen. Die Notwendigkeit arbeitsteiligen Vorgehens (das sich in Projektgruppen der Arbeiter, Schüler und Lehrlinge und für Hochschulpolitik etc. niederschlägt) ergibt sich aus der vorzufindenden sozialen Struktur, nicht aber aus bürokratischen Organisationsprinzipien. Das Prinzip von Führung und Unterordnung ist zugunsten einer effektiver koordinierten Arbeit der jeweiligen Projektgruppen aufzugeben, welche sich auf überregionaler Basis entsprechend fortzusetzen haben. Je besser dieses Prinzip befolgt wird, desto schwieriger ist es für den Polizeiapparat des autoritären Staats, seine Opposition als Organisation auszumachen und bei Bedarf zu liquidieren.

3.) Entscheidend ist die Praxis im jeweiligen Reproduktionsbereich, in dem die gesellschaftlichen Interessen realisiert werden: die Konkretisierung der gesamtgesellschaftlichen Bedürfnisse ist das effektivste Instrument zur Beseitigung der Manipulation der Massen durch den autoritären Staat. So können z.B. parlamentarische Illusionen nicht dadurch aufgehoben werden, daß man sich ihrer instrumentell bedient. Die alle Olympiade fälligen Wahlshows sind vielmehr instrumentell zu pervertieren: durch Boykott- und Enthüllungskampagnen werden sie in ihrem manipulativen Charakter bloßgelegt. Sie knüpfen an der längst von der Gesellschaft praktizierten "Staatsverdrossenheit" an, die der Staat durch Werbekampagnen zu neutralisieren sucht, welche den üblichen Manipulationsmethoden zur Ausweitung monopolistischer Märkte entsprechen. Diese Staatsverdrossenheit hat in der Tat schon heute die positiv wie negativ fixierte Parlamentsgläubigkeit der sozialistischen Opposition weit hinter sich gelassen.

Am ehesten wäre noch die Teilnahme an kommunalen Wahlen möglich, und zwar immer dann, wenn durch sie direkt einsehbare soziale Veränderungen postuliert werden können: z.B. hätten die Kommunalwahlen in den Depressionszentren des Ruhrgebiets von 1958 an zu Foren für die Enteignung des Grundbesitzes der Montankonzerne zugunsten der Kommunalverwaltungen unfunktioniert werden können.

4) Revolutionär werden nur diejenigen sozialistischen Organisationen sein, die dem übernationalen autoritären Gesamtstaat ebenso übernational begegnen: sie sind als Koordinierungspunkte der jeweiligen sozialrevolutionären Teilbereiche aus ihnen heraus aufzubauen. Vordringlich ist vor allem die Gründung eines europäischen Kartells revolutionärer Studenten, von Koordinierungsstellen in den strukturellen Depressionsgebieten Westeuropas; und eines Kartells, das den Kampf der südeuropäischen Peripherie (Griechenland, Süditalien, Spanien, Portugal) und ihrer afrikanischen Anhängsel (portugiesische Kolonien) gegen die west- und mitteleuropäische (und US-amerikanische) Gesamtmetropole koordiniert und in diese hineinträgt. Dadurch wird die bisherige Solidarität mit den von den Metropolen ausgebeuteten Völkern konkret.

Die Völker der "Dritten Welt" haben begonnen, ihren Kampf gegen die globalen neo-kolonialen Unterdrücker zu koordinieren. Erst wenn die

revolutionären Kommunisten der Metropolen es ihnen in ihrem Bereich - auf der Basis der dort herrschenden strukturellen Bedingungen - gleichung, können sie zu ihren Bündnispartnern werden.

Ergänzung zum Resolutionsentwurf "Autoritärer Staat und Sozialistische Opposition" des SDS Hamburg

III, 5.

Wie sich die hier kurz entwickelte Organisationskonzeption konkret darstellen könnte, wollen wir exemplarisch an einem Bereich skizzieren der für die Hamburger Gruppe besonders naheliegend ist: Hafen- und Schiffsindustrie. Die Struktur von Hafengebieten und Schiffsindustrien wird im Gegensatz zu allen anderen Industriezweigen der hochindustrialisierten Ländern heute noch durch die Anforderungen national beschränkter konkurrenzkapitalistischen Wirtschaftsformen bestimmt. Mit dem Aufkommen rationellerer und billigerer Transportmittel wurde es für die Schifffahrt notwendig, wollte sie leistungsfähig bleiben, unter geringerem Kostenaufwand als bisher zu produzieren und umzuschlagen. Für aufsteigende Industrieländer lag die Lösung in der Ausbeutung billiger Arbeitskräfte oder dem an rationalen Gesichtspunkten orientierten Aufbau von leistungsfähigen Hafenanlagen; die westeuropäischen Häfen und Schiffsindustrien sahen sich dagegen vor dem Problem der Rationalisierung bereits bestehender Produktionsanlagen, was vergleichsweise höhere Investitionen verlangte und für den Konkurrenzkampf ein empfindliches set-back bedeutete.

Während der Rekonstruktionsperiode nach dem Zweiten Weltkrieg, die im Rahmen des Wiederaufbaus von Transportwegen und -mitteln für alle westeuropäischen Industrieländer in gleicher Weise gültig war, waren hohe Profite trotz scharfer Konkurrenz und ohne Rationalisierung der Produktion möglich. Mit dem Ende dieser Phase trat jedoch die Konkurrenzunfähigkeit der immer noch national operierenden westeuropäischen Schiffsindustrien offen zutage. Die norddeutschen Häfen sahen sich außerdem gegenüber ihren westeuropäischen Konkurrenten in dem Nachteil, daß ihnen für eine Steigerung des Warenumschlages das nötige Hinterland fehlte. Die Wirtschaftspolitik in den westeuropäischen Hafen- und Schiffsindustriezentren entspricht somit jener in wirtschaftlichen Depressionszentren: offene und indirekte Subventionen und Rüstungsaufträge (Aufbau von Marineflotten und Panzerproduktion in Werftanlagen). Daneben zeigen sich heute jedoch intensive Rationalisierungsbestrebungen in der Produktion, wie z.B. das Containersystem und das damit verbundene Baukastensystem für den Schiffsbau. Die Arbeitsplätze der abhängig Arbeitenden sind damit in dreierlei Weise gefährdet: durch Konkurs des Betriebs (Schliecker), Betriebsstillegung und Rationalisierung. Durch die Rationalisierung werden allein in den Häfen Hamburg und Bremen in den kommenden fünf Jahren 9000 Arbeiter freigesetzt werden.

Wie unsere bisherige Erfahrung mit Hafenarbeitern beweist, hat diese Situation zu einer totalen Entpolitisierung der Hafenarbeiter geführt, einer jener traditionellen Trägergruppen der europäischen Arbeiterbewegung. In keinem Industriezweig ist die Ausbeutung der lebendigen Arbeitskraft heute noch so offen und direkt wie in dem Sektor der Hafenarbeit und Schiffsindustrie und sind die Strukturen so offen repressiv und autoritär geblieben (Vorarbeiter, Vize, gelernte und ungelernte Arbeiter, Tagelöhner.) Die Installierung von Lehrlingsgruppen und -schulen, die die Tätigkeit des Hafenarbeiters von bloßer Dienstleistung zum Lehrberuf sozial scheinbar aufwerten soll, entlarvt sich schnell als Reservoir billigster Arbeitskraft und ihrer Ausbeutung.

Um den sozialrevolutionären Prozeß in diesem Produktionsbereich in Gang zu setzen, der nicht Selbstzweck sein soll, glaubt die Hamburger Gruppe, aufgrund ihrer Erfahrungen in diesem Bereich im ersten Schritt politische Arbeit mit Lehrlingen leisten zu müssen. Daneben werden Genossen selber in der Produktion arbeiten müssen, um direkt an der Basis Projektgruppen für die Probleme der Hafenarbeiter, die parallel zu laufen haben, in Projektgruppen der Arbeiter umzuwandeln. In diesem Fall müssen drei Projektgruppen arbeitsteilig vorgehen: es muß eine Analyse der Rationalisierung und Automation und der damit verbundenen Freisetzung von Arbeitern geleistet werden; zweitens muß der strategische Stellenwert des Hafens für die nationale Gesamtwirtschaft anhand von Analysen des Kapitalexports, der Rüstungsprozesse etc. bestimmt werden; und eine Gruppe muß Kontakte zu Seeleuten aufbauen, durch die Informationen über Routen, Ladungen und Flottenstruktur (Verhältnis von Handels- und Marineflotte) beschafft werden können. Da strukturell die Situation in Hamburg, Bremen, Bremerhaven und Kiel gleich ist, müssen in den anderen norddeutschen Hafenstädten ähnliche Projektgruppen gebildet werden, die dann überregional eine "Projektgruppe Wasserkante" bilden könnten, um so die Arbeit und den Kampf zu koordinieren. Die Struktur dieser Überregionalen Gruppe wird ausschließlich durch die Arbeit der lokalen Projektgruppen bestimmt, welche sich allein gemäß der lokalen sozio-ökonomischen Bedingungen konstituieren. Die überregionale Projektgruppe wird ihren maximalen politischen Kampfwert erst dann erreichen, wenn sie ihre Arbeit mit ähnlichen Arbeitsgruppen in Rotterdam und anderen europäischen Hafenstädten koordiniert. Der politische Kampfwert einer "Projektgruppe Wasserkante" besteht neben ihrer eigentlichen Aufgabe, den sozialrevolutionären Prozeß im Bereich der Hafen- und Schiffsindustrie in Gang zu setzen, in konkreten Bezugspunkten zu anderen Projektgruppen, wie europäische Peripherie (Griechenland, Spanien, Portugal), Desertionskampagnen und ähnlichen Projektgruppen in strukturellen Depressionszentren. Aus diesem Zusammenhang ergibt sich die Notwendigkeit überregionaler Zusammenarbeit, z.B. stellt sich eine konkrete Beziehung zwischen Projektgruppe Ruhrgebiet und Wasserkante dadurch her, daß der bisherige Verhüttungsprozeß von Erz aus dem Ruhrgebiet direkt an die Häfen Rotterdam und Bremen verlegt wird, d.h. strukturelle Depression wird also gekoppelt mit regional begrenzter Akkumulation. Wenn die Arbeiter in beiden Bereichen nur ihre partikularen Interessen vertreten, könnten sie von der herrschenden Klasse gegeneinander ausgespielt werden. Das Koordinierungsprojekt des internationalen Großkapitals geht aber sogar über den europäischen Wirtschaftsbereich hinaus. Das Erz, das in Rotterdam für die deutsche Montanindustrie vermöllert wird, stammt wesentlich aus Liberia und Südafrika (z.B. Krupp). Der Mehrwert, der im gesamten Produktionsweg von extrahiertem Erz bis zum fertigen Produktions- oder Konsumtionsgut geheftet wird, setzt sich also aus international organisierter Ausbeutung lebendiger Arbeit zusammen. Die internationale Expropriation der Expropriateure kann nur durch den international organisierten revolutionären Kampf beseitigt werden. Aus den verschiedenen Projektgruppen der strukturellen Hauptbereiche der BRD (Wasserkante, Ruhrgebiet, Rhein-Main etc.), Westberlins und darüber hinaus Westeuropas hätte sich eine neue europäische revolutionäre Bewegung zu entwickeln, in der die bisherigen nationalen Teilorganisationen, die die Notwendigkeit revolutionärer Zielsetzungen erkannt haben (z.B. der SDS in der BRD), aufgehen. Das heißt für die einzelnen Teilorganisationen Verzicht auf ihre bisherige bürokratische Verbandsorganisation, die sich nicht mehr an den Erfordernissen sozialrevolutionärer Praxis orientiert.